

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Dennis Jahn (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung namens der Landesregierung

Aufruf zur EU-Wahl seitens der Landesregierung - ein Plädoyer für die Kommission? (Teil 1)

Anfrage des Abgeordneten Dennis Jahn (AfD), eingegangen am 09.04.2024 - Drs. 19/3978, an die Staatskanzlei übersandt am 10.04.2024

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung namens der Landesregierung vom 23.04.2024

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 19. März 2024 hat die Landesregierung ihre Intention kundgetan, eine breit gefächerte Kommunikationskampagne anlässlich der EU-Wahl zu organisieren. Ein ähnliches Vorhaben wurde in Niedersachsen schon zur letzten Wahl in die Tat umgesetzt. Das „Bündnis Niedersachsen für Europa“, war der Titel der Kampagne. Die Absicht dieses Bündnisses war, sich gemeinsam für eine Stärkung der Union einzusetzen und zur Wahl zu mobilisieren. Das Bündnis legte den Fokus seiner Kampagne auf den positiven Wert der Union als internationale Institution und Friedensstifter¹ (Memorandum in Fußnote).

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und für Regionale Entwicklung wurde in seiner Sitzung am 4. April 2024 über die geplante Kommunikationskampagne der Landesregierung unterrichtet². Diese sieht eine breit gefächerte Anzahl an Terminen vor, die sich noch vor der Europawahl abspielen sollen. Über die Gesamtkosten konnte noch keine Auskunft gegeben werden. Lediglich die Kosten für die Social-Media-Kampagne konnten mit rund 100 000 Euro beziffert werden.

Vorbemerkung der Landesregierung

Das Europäische Informationszentrum Niedersachsen (EIZ) ist eine Informationsstelle im europaweiten EUROPE-DIRECT-Netzwerk der Europäischen Union (EU). Träger des EIZ ist das Land Niedersachsen, vertreten durch das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung. Im Jahr 2001 wurde das EIZ in Hannover eröffnet.

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Europäischen Kommission in Brüssel ist das EIZ eine offizielle Informationsstelle der EU. Das Land Niedersachsen stellt das Personal und die erforderlichen Mittel für den Betrieb zur Verfügung. Die Europäische Kommission unterstützt das EIZ (als EUROPE DIRECT Hannover) mit einem finanziellen Zuschuss in Höhe von i. d. R. 38 000 Euro/Jahr und durch den kostenlosen Zugang des EIZ zu Informationen (z. B. Datenbanken) der EU.

Das EIZ betreibt Öffentlichkeitsarbeit zu Europathemen für Bürgerinnen und Bürger und verwendet die offiziell vom Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellten Informationsmaterialien und Werbemittel. Die Publikationen und Werbemittel unterliegen dem Copyright der jeweiligen Institution und dürfen nicht verändert werden. Darüber hinaus lässt das EIZ eigene Werbemittel herstellen. Die Materialien enthalten keine parteipolitische Werbung.

¹ Bedeutende Verbände schließen sich Europa-Bündnis an – EIZ Niedersachsen (eiz-niedersachsen.de)

² Unterrichtung AfBuEuR Kommunikationsmaßn. Europawahl 2024

Die Weitergabe von Materialien durch das EIZ erfolgt im Besucherzentrum oder im Rahmen von Informationsständen und Veranstaltungen an interessierte Bürgerinnen und Bürger. Auf Nachfrage werden Broschüren und Flyer (in kleinen Mengen) auch an Schulen, Abgeordnete und Organisationen, die Veranstaltungen/Aktionen zu europapolitischen Themen anbieten (z. B. EBN, Europa Union, JEF, Dt.-frz. Gesellschaft etc.), weitergegeben. Bei Anfragen für größere Mengen von Informationsmaterial verweist das EIZ an den Europapunkt Bonn, dort können kostenlos Publikationen bestellt werden.

Das EIZ koordiniert die Kommunikationsmaßnahmen der Landesregierung zur Europawahl. Dafür wurden für das Haushaltsjahr 2024 insgesamt 250 000 Euro zur Verfügung gestellt. Zentrale Inhalte der Maßnahmen sind die Darstellung von Arbeit und Funktion der EU als Institution sowie der Funktionsweise der Europawahl. Inhaltlich ist davon auch die Wirkung der EU als Staatenverbund berührt, explizite außenpolitische Themen sind nicht Bestandteil der Kommunikationsmaßnahmen. Eine politische Bewertung der Arbeit der EU-Institutionen wird nicht vorgenommen. Das EIZ hält sich eng an die bestehenden Regelungen der Staatskanzlei zu den Grundsätzen für Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung in Wahlkampfzeiten.

1. Kann die Landesregierung garantieren, dass nicht für aktuelle politische Vorhaben der Kommission geworben werden wird?

Siehe Vorbemerkung.

2. Kann die Landesregierung garantieren, dass sowohl positive als auch kritische Aspekte des Einflusses der Europäischen Union (wie etwa durch Verordnungen und Richtlinien) hervorgehoben werden (z. B. im Bereich der Klima- und Energiepolitik)?

Siehe Vorbemerkung.

3. Inwiefern wird die Kampagne auf außenpolitische Aspekte der Union aufmerksam machen?

Siehe Vorbemerkung.